

**abgeschlossen am
8. September 2009**

	<u>Seite</u>
1. Debatte über Krankenversicherungsreform tritt in heiße Phase	1
2. Congress stockt <i>Cash for Clunkers</i>-Programm auf	2
3. Congress verlängert Konjunkturstützungsprogramme	5
4. Repräsentantenhaus verabschiedet <i>Defense Appropriations 2010</i>	6
5. Vorsitzender des Justizausschusses im Senat fordert Untersuchungs- kommission zu Folterpraktiken	7
6. Senat verabschiedet <i>Defense Authorization 2010</i>	8
7. Sotomayor als Verfassungsrichterin bestätigt	9
8. Senator Edward Kennedy erliegt schwerer Krankheit	11
9. Verfassungszusatz soll Senatorenernennung durch Gouverneure unterbinden	12

1. Debatte über Krankenversicherungsreform tritt in heiße Phase

Während der Sommerpause des Congress im August 2009 ist die Debatte um die von Präsident Barack Obama und den Demokraten angestoßene Krankenversicherungsreform in die heiße Phase öffentlicher Auseinandersetzungen und inner- wie zwischenparteilicher Kompromissverhandlungen getreten.

Während der nachrichtenarmen Zeit haben vor allem lautstarke Proteste rechtskonservativer Aktivisten in den Wahlkreis- und Einzelstaatsveranstaltungen von Mitgliedern des Congress für einiges Aufsehen gesorgt.

Wichtiger für die Obama-Administration ist allerdings, dass sich die breite Öffentlichkeit ungeachtet des großen Interesses an einer umfassenden Reform auch in diesem Jahr gespalten, unsicher und unentschlossen zeigt.

Angesichts der festgefahrenen Fronten in der Debatte im Juni und Juli im Congress hat Präsident Obama mit dem Vorschlag, auf ein Krankenversicherungsangebot des Bundes in Konkurrenz zu privaten Anbietern (vgl. CR 6-7/2008, S. 2) gegebenenfalls zu verzichten, für einigen Wirbel gesorgt.

Obamas Schachzug sollte zum einen den Weg für eine eventuelle Zustimmung republikanischer Mitglieder des Congress zu einem Reformkompromiss eröffnen, die vehement gegen eine staatliche Option im Versicherungsangebot protestiert haben.

Zum anderen könnte die Ausklammerung eines staatlichen Versicherungsangebots helfen die Kosten der Reform einzudämmen und damit den Vorbehalten gemäßigt-zentristischer Demokraten entgegenkommen, die Steuererhöhungen und wachsende Haushaltsdefizite befürchten.

Als Alternativen zu der ursprünglich vorgesehenen Variante sind private Kooperativen von Versicherungsnehmern (so genannte *nonprofit cooperatives*) im Gespräch, die eine gesetzliche Absicherung benötigen, sowie eine von der republikanischen Senatorin Olympia J. Snowe (Maine) vorgeschlagene Notfall-Bestimmung, die die staatliche Option für Einzelstaaten und Regionen vorsieht, in denen der Privatmarkt keine kostengünstigen Versicherungen anbietet.

Der Verzicht auf eine staatliche Versicherungsoption hat aber unter der Mehrheit der linken Demokraten im Congress zu heftigen Protesten und einer Androhung der Nichtzustimmung zu dem Reformpaket geführt.

Ohne direktes staatliches Engagement, so die Argumentation der linksliberalen Kritiker, sei weder die Ausweitung des Angebots noch die Kontrolle der stark wachsenden Kosten sicherzustellen.

Senator Max Baucus (Montana), der Vorsitzende des Finanzausschusses, hat seiner Gruppe von Verhandlungsführern Anfang September auferlegt, sich umgehend auf ein kompromissfähiges Konzept zu einigen. Anderenfalls wolle er einen eigenen Reformvorschlag einbringen.

Zu der *Gang of Six*, die Baucus bei den Verhandlungen helfen sollen, gehören neben ihm selbst die Demokraten Jeff Bingaman (New Mexico) und Kent Conrad (North Dakota) sowie die Republikaner Chuck Grassley (Iowa), Mike Enzi (Wyoming) und Olympia Snowe (Maine).

Vollkommen offen ist aber bisher noch, wie die Gruppe mit der Sicherstellung eines finanzierbaren Leistungsangebots und der Zurückschneidung der geschätzten Kosten für den Bund umgehen soll.

Präsident Obama will sich noch in der zweiten Septemberwoche in einer Ansprache an den Congress wie die Öffentlichkeit wenden, um seine Reformvorstellungen zu erklären und für Zustimmung zu werben.

Bisher hatten sich die Administration und der Präsident, in merklicher Absetzung zu seinem demokratischen Amtsvorgänger Bill Clinton (1992-2000), dessen Reforminitiative 1994 an vielfältigen Widerständen scheiterte, in der Debatte stark zurückgehalten und dem Congress die Ausarbeitung der Gesetzgebung überlassen.

Mit Blick auf die bestehenden hohen Hürden der Finanzierbarkeit und der Zustimmung wenigstens einiger weniger Republikaner scheint ein verstärktes Engagement Präsident Obamas, der die Reform als zentrales Vorhaben seiner Administration bezeichnet hat, nun sehr erforderlich.

2. Congress stockt *Cash for Clunkers*-Programm auf

Der Congress hat Anfang August 2009 eine Aufstockung des vielfach als effektive Stütze für die bedrängte Automobilbranche angesehenen Anreizprogramms für den Kauf von Neuwagen („Cash for Clunkers“) um 2 Mrd. USD beschlossen.

Der Senat stimmte am 6. August 2009 der Anhebung des Gesamtfördervolumens mit 60 gegen 37 Stimmen zu, nachdem das Repräsentantenhaus das Zusatzprogramm bereits am 31. Juli mit 316 gegen 109 Stimmen verabschiedet hatte.

Vor allem die konservativen Republikaner beider Kammern votierten gegen die von der demokratischen Mehrheit vorgeschlagene Programmfortschreibung.

Als Anreiz für den Kauf neuer, energieeffizienterer Kraftfahrzeuge und die erforderliche Verschrottung der Altwagen bietet der Bund eine Sonderprämie von bis zu 4.500

USD. Die Fördermaßnahme für den Autoverkauf war zuerst als Teil des zu Beginn des Jahres vereinbarten Konjunkturprogramms beschlossen worden.

Nachdem das ursprünglich angesetzte Fördervolumen von 1 Mrd. USD aufgrund der hohen Nachfrage schon nach kurzer Zeit aufgebraucht war, forderte die Administration eine Erhöhung der zur Verfügung stehenden Mittel.

Kritiker wenden allerdings ein, dass der sichtbare kurzfristige Erfolg in der Ankerbelegung des Autoverkaufs, der mit der Finanz- und Kreditkrise im Herbst 2008 dramatisch eingebrochen war, längerfristig mit einem Rückgang der (vorgezogenen) Nachfrage nach Automobilen zu bezahlen ist.

Die republikanische Opposition wandte zudem ein, dass die Mittelaufstockung haushaltstechnisch fragwürdig sei, weil die benötigten Gelder durch die Umwidmung von Bewilligungen für ein Kreditprogramm des Energieministeriums zur Förderung von energiesparenden Investitionen finanziert worden ist. Die Umwidmung der Gelder soll in den kommenden Jahren ausgeglichen werden. Die Republikaner gehen deshalb davon aus, dass die erforderlichen Mittel effektiv nicht in den Haushalt eingestellt worden sind und die Finanzierung damit fragwürdig ist.

Die Demokraten haben die von ihnen propagierte Programmfortschreibung unbeirrt durchgesetzt und den Republikanern vorgeworfen, dass sie die populäre Fördermaßnahme auf Umwegen zu verhindern trachteten, ohne sich hierfür vor den Wählern verantworten zu wollen.

Präsident Barack Obama begrüßte die Verabschiedung der Mittelaufstockung und unterzeichnete das Gesetz unmittelbar nach der Verabschiedung.

3. Congress verlängert Konjunkturstützungsprogramme

Repräsentantenhaus und Senat haben Ende Juli 2009 eine Verlängerung zentraler Komponenten des Anfang des Jahres verabschiedeten Konjunkturförderprogramms beschlossen.

Die Fortschreibung des Konjunkturprogramms sieht insbesondere vor,

- durch Umwidmung von Haushaltsmitteln dem Straßenbaufond des Bundes, aus dem Projekte der Einzelstaaten gefördert werden, zusätzlich 7 Mrd. USD für das laufende Haushaltsjahr zur Verfügung zu stellen,
- die Obergrenze für das Kreditprogramm des Bundes für die einzelstaatlichen Arbeitslosenversicherungen, denen Anfang des Jahres zunächst 422 Mio. USD zur Verfügung gestellt worden waren, zu streichen und

- das zulässige Limit für die Kreditaufnahme der *Federal Housing Administration* (FHA) unter dessen Kreditversicherungsprogrammen (*Mutual Mortgage Insurance Program* und *General National Mortgage Association Program*) von 315 auf 400 Mrd. USD und von 300 auf 400 Mrd. USD anzuheben.

Das Repräsentantenhaus nahm die Gesetzesvorlage am 29. Juli mit 363 gegen 68 Stimmen an. Der Senat schloss sich dem Repräsentantenhaus am Folgetag mit 79 zu 19 Stimmen an.

Ungeachtet der breiten Zustimmung aus beiden Parteien zu der Verlängerung der Konjunkturstützungsmaßnahmen bestehen vor allem auf Seiten der Republikanischen Partei tiefer gehende Vorbehalte gegen die Effektivität des Programms und die enormen Kosten für den Bundeshaushalt, welche die Verschuldung auf neue Rekordhöhen treiben werden.

Die Demokraten und die Obama-Administration beharren jedoch darauf, dass die beschlossenen Konjunkturstützungsmaßnahmen die US-Wirtschaft vor einem noch tieferen Absturz bewahrt haben.

Vor diesem Hintergrund sei die Fortschreibung sowie die in einem separaten Gesetz beschlossene Aufstockung des Kaufanreizprogramms für Kraftfahrzeuge (siehe Punkt 2) unverzichtbar.

Präsident Barack Obama hat das Gesetz kurz nach seiner Annahme durch den Congress unterzeichnet.

4. Repräsentantenhaus verabschiedet *Defense Appropriations* 2010

Das Repräsentantenhaus hat am 30. Juli 2009 mit 400 zu 30 Stimmen seinen Entwurf zum Verteidigungsbewilligungsgesetz 2010 (*Fiscal Year 2010 Defense Appropriations*) verabschiedet, der einen Umfang von 636,29 Mrd. USD hat. Es folgt damit im Großen und Ganzen den Haushaltsplänen Präsident Barack Obamas, der für das Pentagon Mittel in Höhe von 640 Mrd. USD für das Haushaltsjahr 2010 verlangt hat (vgl. CR 5-6/2009, S. 9).

Im Rahmen der Verteidigungsbewilligung entscheiden beide Kammern des Congress im Gegensatz zur Verteidigungsgenehmigung (*Defense Authorization*, vgl. CR 5-6/2009, S. 9 sowie Punkt 6) jährlich über die tatsächliche Ausgabenhöhe gemäß Artikel I, Abschnitt 8 der amerikanischen Verfassung, in der die Budgethoheit exklusiv der Legislative zugeschrieben wird.

Das Repräsentantenhaus sieht im Rahmen seines Bewilligungsgesetzesentwurfs für das kommende Haushaltsjahr 2010, das am 1. Oktober 2009 beginnt, 128,24 Mrd. USD für die Militärinterventionen in Afghanistan und im Irak vor, wobei klar ist, dass im

nächsten Frühjahr ein Ergänzungsbewilligungshaushalt erforderlich sein wird (vgl. auch CR 5-6/2009, S. 7).

Darüber hinaus sieht die Bewilligungsvorlage des Repräsentantenhauses im Einzelnen vor:

- 154,13 Mrd. USD für operative Aufgaben der amerikanischen Streitkräfte;
- 122,37 Mrd. USD für Personalkosten;
- 104,84 Mrd. USD für die Beschaffung neuer Waffensysteme;
- 80,24 Mrd. USD für die Erforschung, Entwicklung und Erprobung neuer Waffen;
- 29,9 Mrd. USD für Gesundheitsausgaben („Defense Health Program“).

In der Frage der Beschaffung zwölf weiterer Kampfflugzeuge des Typs F-22 hat das Repräsentantenhaus die Androhung eines Vetos durch Präsident Obama (vgl. CR 5-6/2009, S. 10) ernst genommen und seine ursprüngliche Position modifiziert. Die nun bewilligten Mittel in Höhe von 369 Mio. USD sollen nicht mehr dem Bau neuer F-22, sondern der Beschaffung von Ersatztriebwerken für die F-22 Produktionslinie zugute kommen.

Dissens zwischen Präsident und Repräsentantenhaus herrscht noch in der Fortführung des F-35 Kampfflugzeugprogrammes und des VH-71 Helikopters. Während das Repräsentantenhaus in diesen beiden Programmbereichen 560 bzw. 400 Mio. USD bewilligen möchte, hält der Präsident die Bewilligungssummen für verzichtbar und hat sein Veto angedeutet.

Nun muss zunächst noch der Senat über seinen Entwurf zur *Defense Appropriation* entscheiden, bevor beide Kammern ihre Vorlagen dann im Vermittlungsausschuss auf einander abstimmen und eine endgültige Entscheidung treffen.

5. Vorsitzender des Justizausschusses im Senat fordert Untersuchungskommission zu Folterpraktiken

Im Senat hat sich der Vorsitzende des *Judiciary Committee*, Patrick A. Leahy (D-Vermont), am 24. August 2009 dafür ausgesprochen, eine überparteiliche Untersuchungskommission zur Aufklärung der Folterpraktiken der *Central Intelligence Agency* (CIA) gegenüber so genannten „unlawful enemy combatants“ während der Präsidentschaft George W. Bushs einzurichten (vgl. auch CR 3-4/2009, S. 8).

Senator Leahy bezieht sich dabei auf einen ursprünglich als geheim eingestuft Bericht des *Office of the Inspector General* der CIA mit dem Titel: „Counterterrorism

Detention and Interrogation Activities (September 2001 – October 2003 (2003-7123 IG)“ vom 7. Mai 2004, den die Obama-Administration im August 2009 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat. Der 109 Seiten umfassende so genannte „Special Review“, der unter http://luxmedia.vo.llnwd.net/o10/clients/aclu/IG_Report.pdf eingesehen werden kann, beschäftigt sich mit den Praktiken der CIA im Rahmen der von der Bush-Administration betriebenen so genannten *Preventive Detention* von des Terrorismus Verdächtigten im Zeitraum zwischen September 2001 und Oktober 2003.

Der Bericht listet detailliert den Einsatz aggressiver Verhörmethoden gegen Gefangene auf. So heißt es auf Seite 15 des *Special Review*:

„Enhanced Interrogation Techniques

*The attention grasp consists of grasping the detainee with both hands, with one hand on each side of the collar opening, in a controlled and quick motion. In the same motion as the grasp, the detainee is drawn toward the interrogator.

* During the walling technique, the detainee is pulled forward and then quickly and firmly pushed into a flexible false wall so that his shoulder blades hit the wall. His head and neck are supported with a rolled towel to prevent whiplash.

*The facial hold is used to hold the detainee’s head immobile. The interrogator places an open palm on either side of the detainee’s face and the Interrogator’s fingertips are kept well away from the detainee’s eyes.

*With the facial or insult slap, the fingers are slightly spread apart. The interrogator’s hand makes contact with the area between the tip of the detainee’s chin and the bottom of the corresponding earlobe.

* In cramped confinement, the detainee is placed in a confined space, typically a small or large box, which is usually dark. Confinement in the smaller space lasts no more than two hours and in the larger space it can last up to 18 hours.

* Insects placed in a confinement box involve placing a harmless insect in the box with the detainee.

* During wall standing, the detainee may stand about 4 to 5 feet from a wall with his feet spread approximately to his shoulder width. His arms are stretched out in front of him and his fingers rest on the wall to support all of his body weight. The detainee is not allowed to reposition his hands or feet.

* The application of stress positions may include having the detainee sit on file floor with his legs extended straight out in front of him with his anus raised above his head or kneeling on the floor while leaning back at a 45 degree angle.

* Sleep deprivation will not exceed 11 days at a time.

*The application of the waterboard technique involves binding the detainee to a bench with his feet elevated above his head. The detainee's head is immobilized and an interrogator places a cloth over the detainee's mouth and nose while pouring water onto the cloth in a controlled manner. Airflow is restricted for 20 to 40 seconds and the technique produces the sensation of drowning and suffocation.“

Zum „Waterboarding“ wird auf S. 45 ausgeführt: „The Attorney General was informed the waterboard had been used 119 times on a single individual“. Weiter ist zu lesen: „Cables indicate that Agency interrogators applied the waterboard technique to Khalid Shaykh Muhammad 183“ (gemeint ist wohl 183 Mal, die Redaktion). Im Bericht wird darüber hinaus erwähnt, dass nicht alle Videomitschnitte der Verhöre erhalten geblieben sind (S. 36).

Auf S. 23 des Berichts heißt es unter dem Titel „Notice to and Consultation with Executive and Congressional Officials“:

„At the same time that OLC (Office of the Legal Counsel, die Redaktion) was reviewing the legality of EITs (Enhanced Interrogation Techniques) in the summer of 2002, the Agency was consulting with NSC policy staff and senior Administration officials. The DCI (Director of Central Intelligence, die Redaktion) briefed appropriate senior national security and legal officials on the proposed EITs. In the fall of 2002, the Agency briefed the leadership of the Congressional Intelligence Oversight Committees on the use of both standard techniques and EITs. In early 2003, CIA officials, at the urging of the General Counsel, continued to inform senior Administration officials and the leadership of the Congressional Oversight Committees of the then-current status of the EIT Program.“

Justizminister Eric H. Holder hat noch am Tag der Freigabe des Untersuchungsberichts des *Inspector General* eine Untersuchung der Praktiken der CIA während der Präsidentschaft George W. Bushs im Rahmen der damaligen Politik der *Preventive Detention* angekündigt und John H. Durham als Sonderermittler eingesetzt. Der 59-jährige Jurist aus Connecticut, der sich einen Namen als harter Ermittler gegen die organisierte Kriminalität in Boston gemacht hat, soll seine Ermittlungen als „Voruntersuchung“ verstehen.

Der frühere Vizepräsident Dick Cheney hat die Ernennung eines Sonderermittlers zur Aufklärung der Folterpraktiken der CIA während der Präsidentschaft George W. Bushs in einem Interview mit *Fox News* am 30. August 2009 scharf kritisiert. Cheney sprach von einer „schrecklichen Entscheidung“, die im Kern nur politisch motiviert sein könne und sich sehr negativ auf die Moral innerhalb der Nachrichtendienste in den USA auswirken dürfte. Wie schon in einer Rede im Mai 2009 vor dem American Enterprise Institute warf Cheney den Demokraten vor, dass sie in Fragen der nationalen Sicherheit großen politischen Schaden anrichteten. Dabei leugnete Cheney in seinem Interview mit *Fox News* keineswegs, dass er von aggressiven Verhörmethoden wusste. Vielmehr waren für den früheren Vizepräsident solche Vorgehensweisen „ab-

solutely essential in saving thousands of American lives and preventing further attacks against the United States.“ Cheney sprach in diesem Zusammenhang von „ernsthaften Zweifeln“, die er an der Politik Obamas in diesem Bereich habe und bezweifelte, ob die neue amerikanische Regierung darauf vorbereitet sei, das zu tun, „was getan werden muss, um die Nation zu verteidigen“.

Der Direktor der CIA, Leon Panetta, ein Demokrat, der im Zuge der Amtsübernahme Barack Obamas die Führung des Geheimdienstes übernommen hat, wies in einer Pressemitteilung darauf hin, dass die Veröffentlichung des Berichts des *Office of the Inspector General* der CIA aus dem Jahr 2004 durch Justizminister Holder „in vieler Hinsicht eine alte Geschichte ist“ (vgl. CR 5-6/2009, S. 11; CR 11-12/2008, S. 4). Schließlich sei es die CIA selbst gewesen, die den *Special Review* ursprünglich in Auftrag gegeben hat. Darüber hinaus unterstrich Panetta, dass der 2004 als „streng geheim“ eingestufte Bericht der Führung der Geheimdienstausschüsse im Congress bzw. den Ausschüssen selbst in den Jahren 2004 und 2006 in vollem Umfang zugänglich gemacht wurde. Außerdem, so Panetta, stand die CIA mit dem Justizministerium in der Frage der Verhörpraktiken gegenüber den so genannten „unlawful enemy combatants“ in ständigem und engem Kontakt. Die CIA, so deren Chef, „takes seriously proper accountability for the past“, und Panetta fügte hinzu: „As the intelligence service of a democracy, that’s an important part of who we are.“

6. Senat verabschiedet *Defense Authorization 2010*

Nach dem Repräsentantenhaus (vgl. CR 5-6/2009, S. 9) hat am 23. Juli 2009 auch der Senat seinen Entwurf zum so genannten Verteidigungsgenehmigungsgesetz 2010 (*Fiscal Year 2010 Defense Authorization*) verabschiedet. Die Entscheidung fiel mit 87 zu 7 Stimmen. Nun müssen sich beide Kammern im Vermittlungsausschuss noch über eine gemeinsame Kompromissvorlage einigen.

Im Rahmen der *Defense Authorization* entscheidet der Congress zunächst jährlich der Sache nach über das Budget für das Pentagon. Die Entscheidung über die tatsächliche Ausgabenhöhe für einzelne Ausgabenposten fällt dann im Rahmen der Verteidigungsbewilligung (vgl. Punkt 4), im amerikanischen Sprachgebrauch der *Defense Appropriations*.

Der Senat geht in seinem Entwurf für die *Defense Authorization* von einem Mittelanatz für die Arbeit des *Department of Defense* von 679,8 Mrd. USD im Haushaltsjahr 2010 aus, wovon 129,3 Mrd. USD auf die Militäroperationen in Afghanistan und im Irak entfallen sollen.

Im Gegensatz zum Repräsentantenhaus (vgl. CR 5-6/2009, S. 10) verzichtet der Senat auf die Produktion weiterer Kampfflugzeuge des Typs F-22. Ein entsprechender Zusatz wurde mit 58:40 Stimmen angenommen.

Präsident Obama dankte dem Senat ausdrücklich für diese Entscheidung. Er hatte dem Repräsentantenhaus bereits mit seinem Veto für den Fall gedroht, dass die F-22 Flugzeuge weiter gebaut werden sollten. Der Präsident sprach in diesem Zusammenhang von einem „Nullsummenspiel“. Wenn, so Obama, „mehr Geld für das F-22 Programm zur Verfügung gestellt werde, wären es unsere Truppen und Bürger, die verlieren würden“.

In einem weiteren Sieg für Obama sprach sich der Senat gegen die Produktion neuer Antriebsaggregate für das F-35 Kampfflugzeugprogramm aus, solange der Verteidigungsminister dies nicht ausdrücklich zur Verringerung der Programmkosten für erforderlich hält.

Mit Blick auf das nukleare Waffenarsenal der USA verlangt der Senat einen Bericht des Verteidigungsministers zu den Modernisierungsplänen dieses Waffentyps durch die Administration und fordert die Administration auf, keine Begrenzung von Raketenabwehrsystemen im Rahmen eines START-Nachfolgeabkommens mit Russland zu verhandeln.

7. Sotomayor als Verfassungsrichterin bestätigt

Wie erwartet hat der Senat am 6. August 2009 die Nominierung von Sonia Sotomayor als Nachfolgerin von David Souter am Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten mit 68:31 Stimmen bestätigt (vgl. CR 5-6/2009, S. 12). Für Sotomayor stimmten neben 57 Demokraten zwei Unabhängige und neun Republikaner. Dagegen sprachen sich 31 Republikaner aus. Senator Kennedy musste der Abstimmung fern bleiben (vgl. Punkt 8).

Präsident Barack Obama hat damit einen wichtigen politischen Sieg errungen, der auch noch lange nach seinem Ausscheiden aus dem Amt nachwirken wird, da amerikanische Verfassungsrichter auf Lebenszeit ernannt werden.

Zu den neun Republikanern, die sich der demokratischen Mehrheit anschlossen, gehören Lamar Alexander (Tennessee), Christopher S. Bond (Missouri), Susan Collins (Maine), Lindsey Graham (South Carolina), Judd Gregg (New Hampshire), Richard G. Lugar (Indiana), Mel Martinez (Florida), Olympia Snowe (Maine) und George V. Voinovich (Ohio). Mit Ausnahme von Alexander, Bond und Graham gehören sie Bundesstaaten an, in denen Barack Obama in den letzten Präsidentschaftswahlen die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen konnte.

Sonia Sotomayor gilt als liberale Richterin, die zuvor seit 1998 dem *2nd Circuit Court of Appeals* angehört hatte. Sie ist die Tochter einer Einwandererfamilie aus Puerto Rico, die in einem *Housing Project* in der Bronx aufwuchs und zunächst an der *Princeton University* und später an der *Yale University* mit Auszeichnung studierte.

Es wird erwartet, dass sie mit jener liberalen Gruppe von Verfassungsrichtern um John Paul Stevens, Stephen G. Breyer und Ruth Bader Ginsburg stimmen wird, der sich auch David Souter nahe sah. Allerdings steht zu erwarten, dass Verfassungsrichterin Ginsburg, die 76 Jahre alt ist und gesundheitlich angeschlagen ist ebenso wie Verfassungsrichter Stevens, der 89 Jahre alt ist, demnächst aus dem *Supreme Court* ausscheiden werden.

Der eher Mitte-Links-Gruppe liberaler Richter steht eine konservative Gruppierung um *Chief Justice* John G. Roberts und die *Associate Justices* Antonin Scalia, Clarence Thomas und Samuel Alito im *Supreme Court* gegenüber. *Associate Justice* Anthony M. Kennedy gilt gemeinhin als „swing vote“ im neunköpfigen Gremium des Obersten Gerichtshofs der USA.

8. Senator Edward Kennedy erliegt schwerer Krankheit

Senator Edward Moore Kennedy (D-Mass.) ist nach längerer Krankheit am 25. August 2009 im Alter von 77 Jahren einem Gehirntumorleiden erlegen.

Neben seiner Familie und den Demokraten zeigte sich auch die nicht geringe Zahl seiner republikanischen Senatskollegen und Freunde bestürzt. Kennedy, der erstmals 1962 gewählt worden war, hatte dem Senat 46 Jahre angehört. Nur die Senatoren Strom Thurmond (R-S.C.) und Robert C. Byrd (D-W.Va.) haben bisher eine längere Senatszugehörigkeit erreicht.

Kennedys politische Karriere, Ende der 1960er durch einen persönlichen Skandal schwer erschüttert, konzentrierte sich im Unterschied zu seinen beiden berühmteren Brüdern, Präsident John F. Kennedy und Justizminister Robert F. Kennedy, wesentlich auf den Congress.

Eine innerparteiliche Kampfkandidatur gegen Präsident Jimmy Carter scheiterte 1980 ungeachtet seiner Popularität und seines Familiennamens. Dies führte dazu, dass Kennedy sich vollständig auf den Senat und die inhaltliche Gesetzgebungsarbeit dort konzentrierte.

Als Vorsitzender des Justiz-, Arbeits- und Sozialausschusses des Senats ebenso wie als führender Vertreter der Minderheit in den Oppositionsjahren machte sich Kennedy einen Namen als engagierter wie erfolgreicher Verhandlungsführer und produktiver Gesetzgeber, der auch in Kooperation mit konservativen Republikanern wie Strom Thurmond, Orrin Hatch, Dan Quayle, John McCain oder George W. Bush größere Reformwerke zur Verabschiedung führen konnte.

Seine persönliche Passion galt dabei vor allem der Sozial- und Bildungspolitik. Insbesondere sein Engagement für die Unterprivilegierten und den Ausbau des Krankenversicherungssystems haben zu seinem Nimbus als dem letzten großen Champion eines

linken Reformliberalismus in der Tradition Präsident Franklin D. Roosevelts beigetragen.

Während sein Engagement für eine linke Reformpolitik ihn zur Zielscheibe rechtskonservativer Kritiker machte, war seine Fähigkeit über parteipolitische wie ideologische Gräben hinweg Kompromisse auszuarbeiten und Mehrheitskoalitionen zusammenzuführen unumstritten.

Vor diesem Hintergrund sehen politische Beobachter in dem Fehlen Kennedys in der gegenwärtigen Debatte um eine Reform des Gesundheitssystems einen gravierenden Nachteil für die Demokraten und die Obama-Administration.

Edward Kennedy ist neben seinen Brüdern Robert F. und John F. Kennedy auf dem *Arlington National Cemetery* im Beisein Präsident Obamas beerdigt worden.

Als mögliche Nachfolgerin für seinen Senatsitz, die vom Gouverneur von Massachusetts, Deval Patrick, bis zur nächsten Wahl ernannt werden muss, ist unter anderem seine Frau, Vicki Kennedy, im Gespräch. Ein Neffe des Senators, der frühere Abgeordnete Joseph P. Kennedy II, hat bereits eine eventuelle Übernahme des Sitzes abgelehnt.

9. Verfassungszusatz soll Senatsernennung durch Gouverneure unterbinden

Senator Russel Feingold (D-Wisconsin) hat Ende Juli 2009 im Senat einen Verfassungszusatz eingebracht, der die Interimsernennung von Senatoren bei Vakanzen durch die Gouverneure der jeweiligen Einzelstaaten unterbinden würde.

Der Text von Feingolds *Amendment* konstatiert knapp und präzise, dass nur gewählte Vertreter dem Senat angehören können. Im Fall von Rücktritten oder Ableben von Senatoren müssen unverzüglich Nachwahlen angesetzt werden.

Der Vorschlag einer Verfassungsänderung reagiert auf den Skandal um Illinois Gouverneur Rod R. Blagojevic, mittlerweile des Amtes enthoben, der die Neubesetzung des Senatsitzes in seinem Staat in Folge der Wahl Barack Obamas zum Präsidenten zu seinem politischen und persönlichen Vorteil nutzen wollte.

Ungeachtet der absehbaren Amtsenthebung und des öffentlichen Sturms der Entrüstung ernannte Blagojevic Roland W. Burris zu Obamas Nachfolger. Burris, der wiederholt beteuert hat, keine Geschäfte mit Blagojevic verabredet zu haben, musste einräumen, dass er dem früheren Gouverneur zumindest Hilfe bei der Wahlkampffinanzierung in Aussicht gestellt hatte.

Allerdings sind wechselseitige Vorwürfe der Parteien über persönliche Beziehungen und Vorteilmnahmen bei Senatsernennungen nicht nur im Falle Blagojevics an der Ta-

gesordnung.

Die Interimsernennungen für die frei werden Sitze von Vizepräsident Joseph R. Biden (D-Delaware) und Außenministerin Hillary Clinton (D-New York) hatten zu vehementer Kritik von Seiten der Republikanischen Partei geführt.

Umgekehrt sprechen die Demokraten nach dem angekündigten Ausscheiden von Senator Mel Martinez (R-Florida), dem Gouverneur Floridas, und der Benennung seines früheren Stabschefs und Wahlkampfmanagers George LeMieux als Interims-Nachfolger von politischer Vetternwirtschaft.

Im Vorfeld der Vorankündigung des Ausscheidens von Senatorin Kay Bailey Hut- schinson (R-Texas) im kommenden November, die sich auf den Wahlkampf um das Gouverneursamt von Texas konzentrieren will, sind bereits ähnliche Vorwürfe laut geworden.

Die Erfolgsaussichten von Feingolds Verfassungszusatz sind jedoch äußerst gering. Selbst wenn Feingolds Vorschlag von Senat und Repräsentantenhaus angenommen würde, müssten noch Dreiviertel der Einzelstaaten zustimmen.

Ungeachtet der Skandale und der Popularität des von Feingold herausgestrichenen demokratischen Prinzips stehen diesem die institutionellen Widerstände und Interessen von Teilen beider Parteien entgegen.



Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion
Dr. Söhnke Schreyer
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

Druck
Technische Universität Kaiserslautern
Postfach 3049
D-67653 Kaiserslautern

http://www.uni-kl.de/politik/pubs/congress_report